

Bürgeraktion:

# „Farbe bekennen!“

## Berliner Wahlkampf 2011



Bundeskanzlerin Merkel warb auf der Bundeswehrtagung für Mut zu tiefgreifenden Reformen und ermunterte die Militärs dazu, "Spaß an der Veränderung" zu haben.<sup>1</sup>

**Das Bündnis „Schule ohne Militär“ richtet sich gegen Unterrichtsveranstaltungen von rhetorisch und pädagogisch geschulten Jugendoffizieren an Universitäten und Schulen. Der Wahlkampf bietet die Möglichkeit politischen Druck auf die Kandidatinnen aufzubauen, damit sie sich klar zu diesem Thema äußern, bevor sie eventuell gewählt werden.**

Angesichts der zunehmenden Ablehnung des Afghanistaneinsatzes bei den Bundesbürgern sprach sich Karl-Theodor zu Guttenberg im Tagesspiegel vom 17. Mai 2010 dafür aus, dass Bundeswehrsoldaten mit Einsatzerfahrung in Schulen eingesetzt werden sollen:

***„Ich kann Schulen und öffentliche Einrichtungen nur ermuntern, ihre Türen für unsere Soldaten und die Realität zu öffnen...“<sup>2</sup>***

Es stellt sich die Frage: WARUM?

“Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“. - Das waren die Lehren, die aus den beiden von Deutschland verursachten Weltkriegen gezogen wurden. Deshalb hat die Bundeswehr vom Grundgesetz ausschließlich den Auftrag zur Landesverteidigung und der Verteidigung von Bündnispartnern, falls diese von einem anderen Land angegriffen werden würden.

Das galt bis zum Kosovokrieg.

Wenige Jahre später verkündete der damaligen Verteidigungsminister Struck, dass Deutschland von nun an auch am Hindukusch verteidigt werde. So rechtfertigte er die Beteiligung am Kriegseinsatz in Afghanistan, der jetzt schon ein Jahrzehnt andauert.

Nachdem Rücktritt seines Vorgängers Jung wegen des Luftangriffs bei Kundus im letzten Jahr wurde der Ex-Finanzminister Guttenberg als ehrliche Politikerfigur gefeiert, die das 2. Weltkriegs-„Tabu“ bricht, und endlich jetzt vom (umgangssprachlichen) Krieg spricht.<sup>3</sup>

Ein halbes Jahr später äußert er als „verwegener“ Mann der Wahrheit wieder „offen und ohne Verklemmung“ das, wofür Bundespräsident Köhler noch zurückgetreten ist: Im Zweifel könne auch militärische Gewalt notwendig sein, um die deutschen Interessen zu wahren.<sup>4</sup> Bundeskanzlerin Merkel pflichtete ihm bei und Guttenbergs Sprecher Steffen Moritz erinnerte daran, dass die Bundeswehr schon jetzt vergleichbare Einsätze durchführe.<sup>5</sup>

<sup>1</sup> <http://www.tagesschau.de/inland/bundeswehrreform132.html>

<sup>2</sup> <http://www.tagesspiegel.de/politik/bundeswehr-in-kundus-angegriffen/1839812.html>

<sup>3</sup> 04.04.2010: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,687235,00.html>

<sup>4</sup> 09.11.2010: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,728127,00.html>

Das bedeutet, es ist das Ziel, den Zugang zu Rohstoffen anderer Länder militärisch zu erzwingen und Handelswege wo auch immer militärisch abzusichern.

Wir bezweifeln, dass die Väter des Grundgesetzes, dieselbe Vorstellung von Landesverteidigung hatten und ob die entstehenden Demokratiebewegungen in rohstoffreichen Ländern diese Lesart deutscher Sicherheitsinteressen ohne Widerstand akzeptieren würden.

Ex-Verteidigungsminister Guttenberg brachte mehrfach zum Ausdruck, dass die Regierenden in Deutschland meinen die Hypothek der Weltkriege abgetragen zu haben und sich wieder „selbstbewusst“ als eine europäische Führungsmacht an den weltweiten Verteilungskämpfen beteiligen können. Als oberster Dienstherr der sogenannten Jugendoffiziere war seine Sichtweise für ihre Darstellung politischer Zusammenhänge maßgeblich.

In den letzten Tagen seiner Amtszeit hat er eine Medienkampagne zusammen mit der „Bildzeitung“ angekündigt, mit der er verstärkt sozial benachteiligt Jugendliche für den Kriegsdienst werben will.<sup>6</sup>

Wieder soll erreicht werden, dass Kinder und Jugendliche sich mit Begriffen wie Heldentum, Freiheit und Abenteuer und dem Bildern „bewaffnete Zivilisatoren“ blenden lassen.

## **Schlingerkurs über Parteigrenzen hinweg**

In den Bundesländern, in denen das Militär und die Kultusministerien schon Kooperationsabkommen vereinbart haben, ist der Druck auf die Schulen, die den zivilen Charakter ihrer Einrichtungen schützen wollen, gestiegen.

Auch in Berlin, wo es einen solchen Vertrag zwischen Senat und Militär noch nicht gibt, waren in den letzten drei Jahren schon etwa zweihundert Mal Vertreter der Bundeswehr an Oberschulen zu Gast, die Tendenz ist steigend.

Sowohl fraktionsübergreifend als auch innerparteilich gibt es diesbezüglich die unterschiedlichsten Positionen. Sie reichen von der grundsätzlichen Ablehnung der Präsenz von Militärs über die kontroverse Diskussion unter Einbeziehung von militärkritischen Referenten bis hin zur Befürwortung von Jugendoffizieren und sogar Wehrdienstberatern an den Schulen.

Letztlich sollte es aber um ein klares Bekenntnis zum zivilen Charakter von Schule und Bildung gehen und um eine landesrechtliche Vorgabe, die jede Form von Werbung für die Bundeswehr an Schulen verbietet.

Denn die Bundeswehr ist kein normaler Arbeitgeber! - Beim Militär geht es ums Töten!

**Deshalb werden wir im Wahljahr 2011 politischen Druck erzeugen, indem wir die Berliner KandidatInnen auffordern FARBE zu BEKENNEN .**

**SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen können in einer gemeinsamen Postkartenaktion die KandidatInnen aus ihren Bezirken dazu veranlassen, ihre Position zu überdenken und darzulegen.**

**Wir werden auf unserer Homepage „*Schule-ohne-Militaer.de*“ die Ergebnisse dieser Befragung veröffentlichen, damit die PolitikerInnen auf ihren Wahlveranstaltungen oder in Leserbriefen darauf angesprochen werden zu können.**



<sup>5</sup> 10.11.2010: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,728423,00.html>

<sup>6</sup> <http://www.tagesschau.de/inland/bundeswehrwerbekampagne100.html> - Stand: 24.02.2011 17:44 Uhr